



Lagebericht 2006

I. Gesetzliche und satzungsmäßige Grundlagen

Das Versorgungswerk ist nach § 1 des Gesetzes über die Versorgung der Steuerberater (StBVG NW) vom 10. November 1998 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Düsseldorf (§ 1 Abs. 1 der Satzung des Versorgungswerks der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen vom 13. Januar 1999). Das Versorgungswerk hat die Aufgabe, seinen Mitgliedern und sonstigen Leistungsberechtigten Versorgung nach Maßgabe des StBVG NW und der Satzung zu gewähren.

II. Geschäftsverlauf und Lage des Versorgungswerkes

1. Allgemeines

Das Versorgungswerk verwaltet zum 31.12.2006 aufgrund der Mitverwaltung der Versorgungswerke der Steuerberaterinnen und Steuerberater in Rheinland-Pfalz, der Steuerberater in Hessen und des Versorgungswerkes der Psychotherapeutenkammer NRW insgesamt knapp 12.000 Mitglieder.

Im Berichtsjahr gab es keine Erweiterung der Geschäftstätigkeit bezogen auf die Mitverwaltung anderer Versorgungswerke.

Im März 2007 hat sich die Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Baden-Württemberg erneut nach 2004 für einen Staatsvertrag mit NRW und damit eine Einbindung ihrer Mitglieder in das vom Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen mitverwaltete Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer NRW ausgesprochen. Abstimmungen zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen laufen noch. Im

Kalenderjahr 2007 werden über dem planmäßigen Zuwachs, über alle Versorgungswerke von ca. 800 Mitglieder, somit voraussichtlich in 2008 weitere ca. 400 Mitglieder der Psychotherapeutenkammer Baden-Württemberg hinzukommen, wenn es zu dem beabsichtigten Staatsvertrag kommt.

2. Kapitalanlagen, Kosten, Rendite

Die Entwicklung der Kapitalerträge im Geschäftsjahr war geprägt durch eine positive Entwicklung an den Aktienmärkten und eine insbesondere im Dezember 2006 negative Entwicklung an den Rentenmärkten in Europa. Aufgrund dessen konnte das Versorgungswerk erneut Gewinne bei dem Lazard Spezialfonds verbuchen, die auch teilweise ausgeschüttet wurden. Die Ausschüttung wurde dazu verwendet, in gleicher Höhe wieder Anteile am Lazard Spezialfonds zu erwerben.

Der Manager des auf die Euro-Zone bezogenen Renten-Spezialfonds, Frankfurt Trust, wurde aufgrund einer Entscheidung des Vorstandes zur Globalisierung dieses Mandates gewechselt. Nunmehr wird dieses globale Rentenmandat von Credit-Suisse gemanagt. Trotz der tendenziell negativen Entwicklung der Rentenmärkte im Dezember 2006 hat dieser Fonds eine geringfügige Ausschüttung durchgeführt. Auch diese Ausschüttung wurde vollständig wieder in Anteile an CS-Global-Rent-Fonds reinvestiert.

Dem im August des Vorjahres aufgelegten Immobilien-Fonds Warburg-Henderson Europa Nr. 3 Fonds, der unter der Führung des Versorgungswerks der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen gegründet worden und an dem das Versorgungswerk mit einem einzubringenden Anteil in Höhe von 25 Mio EUR beteiligt ist, wurden weitere Mittel in Höhe von 8,55 Mio EUR zugeführt. Damit wurde der Anteil der Assetklasse Immobilien am Gesamtvolumen der Kapitalanlagen von 5 % auf 7 % erhöht. Auch dieser Fonds hat eine Ausschüttung beschlossen, die ebenfalls wieder vollständig in Anteile dieses Fonds reinvestiert wurden. Für das Jahr 2007 wird mit der Investition der für das Versorgungswerk noch offenen Verpflichtung in Höhe von ca. 4,3 Mio EUR gerechnet, um das geplante Gesamtvolumen von 25 Mio EUR vollständig investiert zu haben.

Das Versorgungswerk hat hinsichtlich der Bewertung von festverzinslichen Wertpapieren im Direktbestand eine Änderung der Bewertungspraxis vollzogen. Diese Wertpapiere wurden unter Anwendung des § 341 b Abs. 2 HGB, dem Anlagevermögen zugeordnet, welches erst bei nachhaltiger Wertminderung auf den niedrigeren Börsen- oder Marktpreis zum Bilanzstichtag abgeschrieben werden muss. Hiermit wurde ein Schritt vollzogen, der so auch von vielen anderen Versorgungswerken bereits durchgeführt worden ist.

Er begründet sich aus der tatsächlichen Handhabung dieser Wertpapiere. Nach unserer strategischen Assetplanung wurden und werden diese Wertpapiere nicht gehandelt, sondern sehr langfristig bis zur Fälligkeit im Bestand behalten, um damit die Restlaufzeit der direkt gehaltenen Wertpapiere im Rahmen der Gesamtanlagestrategie zu steuern. Schon bisher stellten diese Wertpapiere somit strategisch Anlagevermögen dar. Ein weiterer Grund für die Änderung der Bewertungspraxis war auch die damit verbundene Verstetigung der Kapitalerträge. Der Vorstand trägt damit dem Umstand Rechnung, dass die bisherige Bewertung insbesondere durch Sonderereignisse zum Bewertungsstichtag letztlich die gesamtjährliche Entwicklung erheblich verfälschen kann, wie es gerade in den letzten beiden Wochen des Dezembers 2006 der Fall gewesen ist.

Die errechnete Nettorendite, berechnet nach der Verbandsformel des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), liegt für das Geschäftsjahr bei 4,33 % (Vorjahr 4,53 %) und liegt damit über dem Rechnungszins von 4 %. Die Kosten für den Versicherungsbetrieb sind im Geschäftsjahr mit 2,17% (Vorjahr 2,25 %) gesunken. Auch die Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen sind auf 0,07 % (Vorjahr 0,09 %) gesunken.

2. Beiträge und Leistungen

Die verdienten Beiträge sind im Geschäftsjahr von 51,34 Mio € (2005) auf 53,93 Mio € gestiegen. Das Versorgungswerk zahlte Leistungen für Berufsunfähigkeitsrenten in Höhe von ca. 300 T€ (Vorjahr ca. 230 T€), für Witwer- u. Witwenrenten in Höhe von ca. 118 T€ (Vorjahr ca. 102 T€) sowie für Waisen-

renten in Höhe von ca. 26 T€ (Vorjahr ca. 23 T€). Ferner wurden Altersrenten in Höhe von ca. 211 T€ gezahlt (Vorjahr 114 T€).

Der aktive Mitgliederstand des Versorgungswerkes betrug zum 31. Dezember 2006 7.215 (Vorjahr 6.959). Die Entwicklung des Mitgliederbestandes, des Bestandes an Rentenempfängern und der vom Versorgungswerk zu leistenden Jahresrenten ist auch aus der dem Lagebericht beigefügten Anlage (Muster 4 RechVersV) ersichtlich.

3. *Versicherungsmathematik*

Der Vorstand hat im Geschäftsjahr, wie auch im vorangegangenen Jahr, den versicherungsmathematischen Sachverständigen Dipl.-Math. Reinhard Reuter, Berlin, mit der Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens zum 31. Dezember 2006 beauftragt.

Bei dem vom Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen angewendeten Finanzierungsverfahren handelt es sich um das "Offene Deckungsplanverfahren" mit einer Modifikation dergestalt, dass durch einen eintrittsaltersabhängigen Faktor die Verweildauer, in dem die Beiträge dem Versorgungswerk zur Verfügung stehen, zu einer stärkeren Berücksichtigung führt. Das Verfahren setzt einen dauernden Zugang zur Versichertengemeinschaft voraus und gewährleistet eine Leistungsdynamik auch nach Beginn der Rentenzahlungen (Rentendynamik). Der sog. "ewige Zugang" ist aufgrund der satzungsmäßigen Pflichtmitgliedschaft aller Kammerangehörigen zum Versorgungswerk gesetzlich gesichert.

Als biometrische Grundlagen wurden die berufsständischen Richttafeln ABV / Heubeck AG 1997 mit Ergänzungen für die Kommutations- und Barwerte für Sterbeversicherungen verwendet.

4. *Besondere Ereignisse*

Besondere Ereignisse sind für das Geschäftsjahr 2006 nicht zu verzeichnen.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Die bereits im Vorjahr durch den Dachverband der berufsständischen Versorgungseinrichtungen angekündigten neuen berufsständischen Sterbetafeln werden nach den bisherigen Verlautbarungen unter Auswertung der von den meisten Versorgungswerken zur Verfügung gestellten Daten von der Heubeck Richttafeln GmbH voraussichtlich im 2. Quartal 2007 fertig- und den Versorgungswerken zur Verfügung gestellt. Nach ersten Erkenntnissen hat sich die Vermutung bestätigt, dass sich seit der Fertigstellung der Richttafeln 1997 die Längerlebigkeit erhöht hat. Dies wird zu einem nicht unerheblichen Finanzierungsbedarf bei allen Versorgungswerken führen, für den vorgesorgt werden muss. Neben den bereits im Vorjahr getätigten Rückstellungen für die Längerlebigkeit, ist der Vorstand der Ansicht, dass auch im Berichtsjahr hierfür eine Rückstellung erfolgen muss, um den Finanzierungsbedarf so schnell wie möglich abzudecken.

IV. Voraussichtliche Entwicklung

Gegenüber dem Vorjahr wird eine Erhöhung der Zugangszahlen erwartet. Gleichzeitig ist der Beitragssatz geringfügig gestiegen. Für 2007 ist somit wieder mit einem Anstieg des Beitragsvolumens zu rechnen. Für das Kalenderjahr 2007 rechnen wir aufgrund des Alterseinkünftegesetzes mit zusätzlichen Steigerungen.

In 2007 wird die bisherige Mitgliederverwaltungssoftware wegen gestiegener Anforderungen auf eine grundlegend überarbeitete Version umgestellt. Diese Umstellung wird teilweise die Arbeitskraft der erfahrensten Mitarbeiter für den Zeitraum der Entwicklung und Umstellung binden. Hierfür wurde ein personeller Ausgleich geschaffen durch die Anstellung von zwei neuen Mitarbeiterinnen. Die Umstellung der Software erfolgt in verschiedenen Etappen, wobei je nach Fortschritt der Umsetzungsarbeiten umfangreiche Tests durch die hierfür abgestellten Mitarbeiter des Versorgungswerks durchgeführt werden.

Hinsichtlich der Anlagepolitik folgt der Vorstand weiterhin der gemeinsam, mit einem unabhängigen Berater für Vermögensanlagefragen, entwickelten Vermögensanlagestrategie. Ziel ist die weitere Diversifikation der Anlagesegmente zur kontinuierlichen Reduzierung des Risikos.

V. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir wie im Vorjahr, im Hinblick auf den in der Beitragskalkulation für die Rentenanwartschaften zugrunde gelegten Rechnungszins in Verbindung mit den derzeit immer noch relativ niedrigen Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere. Seitens des Vorstands wird daher trotz der bereits eingeführten Zinsschwankungsreserve über eine moderate Absenkung des Rechnungszinses nachgedacht.

Darüber hinaus sehen wir die steigende Lebenserwartung der Mitglieder des Versorgungswerkes als Herausforderung für die folgenden Jahre. Hierfür wurde bereits eine Biometriereserve gebildet, die in 2006 weiter aufgestockt wurde.

Aufgrund der negativen Entwicklung an den Rentenmärkten im Dezember 2006 besteht mittelfristig ein Abwertungsrisiko, sofern die festverzinslichen Wertpapiere im Anlagevermögen dauerhaft gemindert bleiben sollten. Dieses Risiko ist aber nicht als schwerwiegend einzuschätzen, da Rentenpapiere grundsätzlich Wertschwankungen unterliegen und die bisherigen Schwankungen der Börsenkurse als geringfügig anzusehen sind. Darüber hinaus mindert sich das Abwertungsrisiko auch dadurch, dass die hiervon betroffenen Rentenpapiere nach der langfristigen Kapitalanlagestrategie des Versorgungswerkes dauerhaft bis zur Endfälligkeit im Direktbestand gehalten werden, so dass bei Fälligkeit deren Wert zu 100% zurückgezahlt wird. Auch ein Bonitätsrisiko besteht diesbezüglich mit allergrößter Wahrscheinlichkeit nicht, da bei der Anschaffung der Rentenpapiere auf sehr hohe Qualität (Rating mindestens AA) Wert gelegt wurde.

Schließlich stehen den Risiken auch Chancen gegenüber, die den der Kurs der Rentenpapiere durch fallende Zinsen wieder steigen läßt. Auch dies wurde bei den vorliegenden Papieren im zurückliegenden Zeitraum bereits beobachtet.

Weitere Risiken von Bedeutung sind für die Geschäftsführung und den Vorstand zur Zeit nicht erkennbar.

Düsseldorf, den 19.4.2007

gez. Dietmar Lücking
Präsident

Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenter			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe d. Jahresrenten 2)	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten 2)		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	TEUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer	Waisen
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	4.168	2.886	42	17	391	11	2	13	97	11	24
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	271	236	25	4	141	4	0	4	34	0	7
2. sonstiger Zugang 1)	0	1	0	0	15	0	0	0	0	0	-1
3. gesamter Zugang	271	237	25	4	156	4	0	4	34	0	6
III. Abgang während des Geschäftsjahres:											
1. durch Tod	4	2	1	0	5	0	0	0	0	0	0
2. Beginn der Altersrente	23	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	0	1	34	0	0	0	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	144	45	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7. sonstiger Abgang	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8. gesamter Abgang	173	51	1	1	39	0	0	0	0	0	0
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	4.266	3.072	66	20	508	15	2	17	131	11	30
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	75	48									
2. in Rückdeckung gegeben											